

**Ufficio Stampa della Provincia autonoma di Trento**

Piazza Dante 15, 38122 Trento

Tel. 0461 494614 - Fax 0461 494615

uff.stampa@provincia.tn.it

**COMUNICATO n. 1694 del 04/06/2022**

**Die Ministerin für regionale Angelegenheiten warnt Parteien und örtliche Körperschaften davor, die Reformen nicht mitzutragen**

## **Ministerin Gelmini: Letzter Aufruf für den Wiederaufbauplan. Regionen und Provinzen sind für dessen Umsetzung entscheidend**

**„Italien ist das Land der Europäischen Union, das vergleichsweise am meisten Ressourcen erhalten wird, um in den gesamtstaatlichen Wiederaufbauplan (PNRR) zu investieren. Der Zugriff auf diese Mittel ist allerdings an die Umsetzung der Reformen gekoppelt, die für eine tatsächliche Auszahlung erforderlich sind. Um dieses Ziel zu erreichen ist das Mitwirken der Parteien und der örtlichen Körperschaften, d. h. Regionen, Provinzen und Gemeinden unerlässlich. Somit gilt der Wiederaufbauplan als eine Art „Stresstest“ für die politische Vertretung auf allen Regierungsebenen, die dazu aufgerufen ist, die bisher aufgeschobenen Reformen zu erlassen. Ein letzter Aufruf also, denn man hat keine Vorwände mehr. Die EU hat sich dieses eine Mal als großzügig und weitsichtig erwiesen, indem sie Geldmittel zur Verfügung stellt; im Gegenzug fordert sie allerdings Reife und Verantwortungssinn, um eine Veränderung herbeizuführen“, erklärte die Ministerin für regionale Angelegenheiten und Autonomien, Mariastella Gelmini, in der Videozuschaltung zu der vom Journalisten Alessandro Barbera moderierten Veranstaltung „Der Wiederaufbauplan zwischen Investitionen und Reformen“ im Rahmen des Wirtschaftsfestivals Trient, an dem der Wirtschaftswissenschaftler Francesco Gavazzi anwesend war.**

Die Ministerin hat die Entscheidungsträger der örtlichen Körperschaften aufgefordert, aktiv an der Umsetzung des Wiederaufbauplans mitzuwirken: „Regionen, Provinzen und Gemeinden sollen Initiative ergreifen, ohne Kirchturmpolitik zu betreiben, im Sinne einer wahren Zusammenarbeit“, betonte Gelmini. Das Regierungsglied unter Ministerpräsident Draghi unterstrich, dass die Reformen dazu dienen, Investitionen in dem von der EU vorgegebenen Zeitrahmen zu verwirklichen. Ein Ziel, das nur mit einer Regierung der nationalen Einheit erreicht werden kann, in der die Parteien von gegenseitigen Vorbehalten absehen und jeder seinen Beitrag zur Veränderung leistet. Laut der Ministerin wird in Italien über die von der EU bereitgestellten Mittel diskutiert, dabei gerät der Kern der europäischen Initiative in den Hintergrund, nämlich die Reformen. „Ich möchte sagen, dass Europa selbst die erste große Reform verwirklicht hat, indem die Pandemie bekämpft wurde und die Mitgliedsstaaten zu Reformanstrengungen gedrängt wurden. Das ist der Kern des Wiederaufbauplans, und sowohl die Parteien als auch die örtlichen Körperschaften tragen eine große Verantwortung angesichts einer epochalen Herausforderung, weshalb die Parteien die für den Erhalt der EU-Mittel unerlässlichen Reformen nicht verhindern sollten. Andererseits beweist die Tatsache, dass Regionen, Provinzen und Gemeinden in den Wiederaufbauplan eingebunden werden, die Überzeugung der Regierung, dass man diese Herausforderung nur durch die Beteiligung der verschiedenen Regierungsebenen meistern wird“, fügte Gelmini hinzu. „In der Pandemie wurden die Befugnisse des Staates ausgeweitet, aber nach der Pandemie soll der Staat effizienter werden, um die Unternehmensfähigkeit zu verbessern, dabei werden auch Regionen, Provinzen und Gemeinden eine wichtige Rolle spielen. Im Wiederaufbauplan soll ein Mechanismus geschaffen werden, der es jedem

ermöglicht, die eigene Rolle wahrzunehmen. Will man den Wiederaufbauplan bis 2026 umsetzen, so muss das in der Verfassung vorgesehene System der Autonomien auch greifen. Durch die Einbeziehung der Regionen sollen Beanstandungen vermieden werden, zumal schließlich jeder für die eigenen Handlungen verantwortlich ist“, sagte die Ministerin.

Auch Giavazzi unterstrich in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit der Reformen. „Der Wiederaufbauplan ist wichtig“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler, „aber seine Bedeutung liegt nicht so sehr in den bereitgestellten Mitteln, denn diese belaufen sich auf insgesamt etwa 191 Milliarden Euro, was 11 % des BIP entspricht, also vergleichbar mit der Erhöhung des Defizits für 2020 um 170 Milliarden Euro ist. Der wichtigste Aspekt“, erklärte Giavazzi, „betrifft die durchzuführenden Reformen, denn einer der Gründe, warum Italien seit 20-30 Jahren so wenig Wachstum aufweist, ist das Fehlen von Reformen. Italiens Agenda der Auflagen bis 2026 ist umfangreich. Bereits im laufenden Semester müssen die Vereinfachungen abgeschlossen sein, für die die Dekrete bereits vorliegen, muss die Governance definiert werde, d. h. es muss geklärt werden, wer was in diesem großen Plan entscheidet, und bis Juli muss ein Wettbewerbsgesetz verabschiedet werden. Die vorgegebenen Fristen sind zwingend. Was passiert, wenn eine nicht eingehalten wird? Wenn man eine Reform versäumt, kann es passieren, dass die Finanzierung eingestellt wird“, mahnte der Wirtschaftswissenschaftler.

(us)